Antrag 103/II/2022 Jusos LDK Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:

Klimawandel als Fluchtursache anerkennen!

Bereits 1990 wurde vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) festgestellt, dass sich die Auswirkun-2 gen des Klimawandels im besonderen Maß auf die Migration von Menschen auswirken könnte. 30 Jahre spä-4 ter findet sich das Wort 'Migration' fast 2000-mal und das Wort 'Verdrängung' über 400-mal im sechsten IPCC-6 Report wieder. In diesem Zeitraum gab es in Bezug auf Lö-7 sungsstrategien zu klimabedingter Migration kaum Fort-8 schritte, und das, obwohl die Wissenschaft uns eine nahende Krise vorhersagt. Laut Studien kann es bereits im 10 Jahre 2050 bis 200 Millionen Migrant*innen geben, de-11 ren Grund für die Flucht der Klimawandel ist. Auch wenn große Teile dieser Migrant*Innen sich vorerst innerhalb 13 14 ihres Herkunftslandes bewegen, können wir nicht unsere Augen vor der Tatsache verschließen, dass in den in 15 den kommenden Jahrzehnten viele Menschen gezwun-

18 19 20

21

22

23 24

25

16

17

Wichtig ist es daher, bereits jetzt schon ein rechtliches Konstrukt zu schaffen, das diese durch den Klimawandel bedingte Migration so regelt, dass die Interessen der Migrant*innen und des Ziellandes angemessen berücksichtigt und ausgleicht. Nur so können Konflikte frühzeitig vermieden und eine gute Lösung für alle gefunden und durchgesetzt werden.

gen sein werden, vor den Folgen des Klimawandels zu flie-

hen, auch nach Deutschland.

26 27

Denn auch wenn sich einige Folgen des Klimawandels, 28 29 wie steigender Meeresspiegel, erodierende Landmassen, steigende Trockenperioden und ähnliches, zumindest va-30 ge abschätzen lassen, so sind beispielsweise extreme 31 Wetterereignisse wie Stürme und Überflutungen unbere-32 chenbar und können in kürzester Zeit viele Menschen ihr 33 Zuhause kosten. 34

35 36

Aus diesem Grund erachten wir es als unerlässlich, bereits jetzt an Lösungsstrategien zu arbeiten und nicht zu warten, bis wir mit diesen Problemen konfrontiert sind.

38 39 40

37

Wir fordern daher:

41 42

43

44 45

46 47 · Die Erarbeitung eines Migrationskonzepts, das konkrete rechtliche Regelungen enthält für Menschen, die aufgrund des Klimawandels ihr Heimatland verlassen, insbesondere mit Blick auf einen möglichen Anspruch auf Aufnahme und die damit verbundenen Rechte.

Empfehlung der Antragskommission Annahme (Konsens)

- Eine sichere und langfristige Bleibeperspektive für die betroffenen Personen.
- Die Auswirkungen der Klimakatastrophe sind recht lich generell als Fluchtgrund anzuerkennen.
- Etablierung von sicheren Fluchtkorridoren, wenn es
 zu Fluchtbewegungen aufgrund des Klimawandels
 kommt.